

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU<sup>1</sup> und der Stellungnahme  
des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst  
– Drucksache 15/62 (geänderte Fassung)  
– Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel  
für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der CDU<sup>1</sup> – Drucksache 15/62 (geänderte Fassung) – für erledigt zu erklären.

07. 07. 2011

Die Berichterstatterin:

Helen Heberer

Der stellv. Vorsitzende:

Andreas Deuschle

#### Bericht

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst beriet den Antrag Drucksache 15/62 in seiner 2. Sitzung am 7. Juli 2011.

Der Erstunterzeichner des Antrags erklärte eingangs, die Lehrerbildung sei eine Aufgabe, die im Land kontinuierlich weiterverfolgt werden müsse, um die hohe Qualität der an den Schulen geleisteten Arbeit zu gewährleisten und fortzuentwickeln. Eine besondere Herausforderung im schulischen Alltag stelle in jüngster Zeit die zunehmende Heterogenität der Lerngruppen dar, hierauf müsse sich auch die Ausbildung der Lehrer verstärkt ausrichten.

<sup>1</sup> Der Antrag wurde nach der 2. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst am 7. Juli 2011, in der er als Antrag der Abg. Georg Wacker u. a. CDU – Drucksache 15/62 beraten worden war, am 15. Juli 2011 von den Antragstellern zum Fraktionsantrag aufgewertet.

Die vorherige Landesregierung habe diesem Erfordernis u. a. durch Vorlage einer veränderten Prüfungsordnung Rechnung getragen, die von der Kultusministerin und der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst denn auch gleich nach Amtsantritt der neuen Regierung unterzeichnet worden sei. Das Studium für das Grundschullehramt verlängere sich dadurch um zwei Semester, ein neuer Studiengang für das Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen sei eingeführt worden, und auch die Ausbildung für angehende Gymnasiallehrer habe Veränderungen erfahren, sodass die Lehrerbildung insgesamt auf ein neues Fundament gestellt worden sei.

Die Wissenschaftsministerin habe allerdings für einige Irritationen gesorgt, als sie am 20. Mai dieses Jahres in einem Interview angekündigt habe, die Ausbildung für Gymnasiallehrer solle zukünftig verstärkt von den Pädagogischen Hochschulen geleistet werden, und gleichzeitig die bislang bestehende Besoldungsstruktur für Lehrer infrage gestellt habe. Diese Äußerungen seien Anlass für den vorliegenden Antrag gewesen.

Er betonte, grundsätzlich würden Kooperationen zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, wie sie, etwa in Heidelberg, auch schon von der vorherigen Landesregierung angedacht worden seien, begrüßt. Eine Verlagerung der universitären Lehrerbildung von den Universitäten auf die Pädagogischen Hochschulen müsste jedoch sehr kritisch hinterfragt werden.

Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, ob die Landesregierung die am 20. Mai 2011 angekündigten Schritte tatsächlich in dieser Legislaturperiode unternehmen wolle und in welcher Weise dies etwa mit weitergehenden Absichten in Richtung Gemeinschaftsschule korrespondiere. Konkret gehe es um die Frage, ob am Ende dieser Entwicklungen eine Lehrkraft stehen solle, die uneingeschränkt für alle Schularten und Altersgruppen einsetzbar sei und für die das Etikett „Einheitslehrer“ nach seinem Dafürhalten durchaus zutreffen würde.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE schickte voraus, offenbar bestehe Konsens in der Auffassung, dass die Lehrerbildung regelmäßig daraufhin überprüft werden müsse, ob sie den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen mit den sich daraus ergebenden pädagogischen Herausforderungen noch entspreche.

Er führte weiter aus, vor diesem Hintergrund halte seine Fraktion es für zielführend, das an den Pädagogischen Hochschulen vorhandene pädagogische Wissen und die fachspezifischen Kompetenzen der Universitäten noch stärker miteinander zu vernetzen. Es gehe dabei nicht um eine Verlagerung der Zuständigkeiten, sondern um eine stärkere Kooperation und eine Intensivierung des gegenseitigen Austausches.

Die bereits erwähnte Kooperation von PH und Universität in Heidelberg werde bekanntlich von allen Beteiligten sehr positiv beurteilt. Offenbar sei der Bedarf groß, die pädagogischen Anteile auch in der Ausbildung von Gymnasiallehrern noch weiter zu stärken. Deutlich werde an diesem Leuchtturmprojekt auch, wie sinnvoll es sei, wenn sich die PHs mit ihrem Know-how verstärkt in didaktische und fachdidaktische Komponente der Lehrerausbildung einbrächten. Das Beispiel Heidelberg werde sicherlich wichtige Impulse geben und könne damit auch den Weg für andere Kooperationen ebnen.

In diesem Zusammenhang verweise er auch auf den Wettbewerb „Kooperationsmodelle in der Lehrerbildung“ mit einer Fördersumme von 2,7 Millionen € für besonders zukunftsweisende Projekte wie etwa die neuen Masterstudiengänge für Seiteneinsteiger im Lehramt in den Mangelfächern Physik und Mathematik.

Eine Abgeordnete der SPD machte unter Bezug auf die Stellungnahme der Landesregierung deutlich, bei der nun angestrebten Reform der Lehrerbildung gehe es tatsächlich nicht um eine Verlagerung, sondern um eine noch stärkere Verknüpfung der an den Universitäten vorhandenen fachwissenschaftlichen und pädagogischen Kompetenzen mit den pädagogischen, didaktischen und diagnostischen Kompetenzen, wie sie gerade an den Pädagogischen Hochschulen in hohem Maße entwickelt worden seien.

Dass in dieser Hinsicht ein Manko bestehe, habe bereits die Vorgängerregierung erkannt. Im Jahr 2009 sei – womöglich auch als Reaktion auf diesbezügliche Forderungen vonseiten der damaligen Opposition – beschlossen worden, den Umfang der Fachdidaktikmodule in der Gymnasiallehrerbildung zu verdoppeln, ein bildungswissenschaftliches Begleitstudium vorzusehen und das Modul „Personale Kompetenz“ in der Lehrerausbildung zu verankern. Auch die neue Prüfungsordnung sehe eine verstärkte Ausrichtung auf die jeweiligen Altersgruppen der Schülerinnen und Schüler sowie eine stärkere Gewichtung der Praxisanteile vor.

Nun gehe es darum, diese Elemente gerade im Bereich der gymnasialen Lehrerausbildung weiterzuentwickeln. Besonders solle dabei der individuelle Förderbedarf der Kinder und jungen Menschen in den Blick genommen werden. Angestrebt werde also gerade nicht die Ausbildung von „Einheitslehrern“.

Um die Zusammenarbeit zu intensivieren und zu optimieren, solle nun ein offener Dialogprozess zwischen Universitäten und Hochschulen eröffnet werden, in dem es vor allem um die konkrete Ausgestaltung von Kooperationen und die Ausarbeitung entsprechender Curricula gehen werde. Dabei stehe die Frage im Vordergrund, wie es gelingen könne, die landesweit vorhandenen Ressourcen, Kapazitäten und Kompetenzen noch besser miteinander zu vernetzen.

In dieser Hinsicht habe die vorherige Landesregierung bereits Schritte unternommen. Inzwischen lägen konkrete Anträge von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen auf Unterstützung von Kooperationen vor. Die neue Landesregierung strebe einen verstärkten Dialog mit den Hochschuleinrichtungen an und wolle auch die Kommunikation dieser Einrichtungen untereinander befördern. Von einem „Diktat von oben“ könne also überhaupt keine Rede sein.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP legte dar, die Ausführungen der Vertreter von Grünen und SPD sowie die Stellungnahme der Landesregierung zum vorliegenden Antrag erweckten den Eindruck, als bestehe eine klare Unterteilung: einerseits hohe fachliche Kompetenz an den Universitäten, andererseits umfangreicher didaktisch-pädagogischer Sachverstand an den Pädagogischen Hochschulen. Dieser Eindruck sei unzutreffend. Schon längst gebe es an den Universitäten eine ausgesprochen große didaktische und fachdidaktische Kompetenz. Dies spiegele sich auch in der 2009 reformierten Prüfungsordnung für Gymnasiallehrer wider. Nun, gerade einmal zwei Jahre später, werde der Eindruck zu erwecken versucht, als müsste auf diesem Gebiet an den Universitäten dringend noch Entscheidendes geschehen.

Es gebe schon heute sehr fruchtbare Kooperationen zwischen PHs und Universitäten, so zwischen der PH in Freiburg und der Universität Konstanz. Fachliche Kompetenz und fachdidaktische Kompetenz gehörten jedoch auch im Rahmen der Lehrerausbildung unbedingt an einen gemeinsamen Ort; denn das eine sei ohne das andere in der schulischen Praxis, auch und gerade im naturwissenschaftlichen Bereich der Sekundarstufe II, nicht denkbar.

Die neuen Pläne der Landesregierung führten bereits jetzt zu einigen Irritationen in den Seminaren für Lehrerausbildung. Die Universitäten nähmen für sich – nach seinem Dafürhalten zu Recht – in Anspruch, bereits in der Vergangenheit auch in Bezug auf Didaktik hervorragende Arbeit geleistet zu haben, und wollten diese Arbeit auch in Zukunft fortsetzen. Sollte die Absicht bestehen, den Universitäten in diesem Bereich Ressourcen wegzunehmen und diese an die Pädagogischen Hochschulen zu verlagern, müsste dem entschieden entgegengesteuert werden.

Eng damit verknüpft sei die Frage der Besoldungsstruktur. Sollte die Entwicklung auch hier, so, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, in Richtung Gemeinschaftsschule gehen, sähe er die Gefahr erheblicher Verwerfungen, wenn in den Schulen Lehrkräfte für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich besoldet würden.

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst dankte für den vorliegenden Antrag und gab ihrer Überzeugung Ausdruck, dass auch im Fortgang der Legislaturperiode die Diskussionen über die Weiterentwicklung der Lehrerbildung eine wichtige Rolle spielen würden.

Sie lege dar, die Qualität der Lehrerbildung, also der Aus-, aber auch der Fortbildung, sei ein Schlüssel für die weitere Qualitätsverbesserung an den baden-württembergischen Schulen. Selbstverständlich würden die Entwicklungsprozesse, die nun an den Hochschulen eingeleitet worden seien, nicht nur auf der Ebene des Wissenschaftsministeriums, sondern in enger Abstimmung und Kooperation mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport vorangetrieben werden. Sie sei sicher, dass den Befürchtungen, die die Debatte um eine stärkere Kooperation zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen offenbar bei manchen ausgelöst habe, am besten dadurch entgegengetreten werden könne, dass die unterschiedlichen Perspektiven formuliert und gemeinsam an einem Tisch beraten würden. In diesem Zusammenhang böte sich ihres Erachtens auch einmal eine gemeinsame Beratung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport und des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst an.

Ihr Interview vom 20. Mai 2011, das offenbar den Anstoß für den vorliegenden Antrag gegeben habe, habe sie genutzt, um die großen Ziellinien ihrer Politik darzustellen. Mit Überraschung habe sie dann festgestellt, welche große Resonanz ihre Ausführungen bei Berufsverbänden und Interessengruppen gefunden hätten und wie detailfreudig unmittelbar danach bereits über das Thema öffentlich diskutiert worden sei. Dabei habe sie in diesem Interview mit keinem Wort gesagt, dass die komplette Ausbildung der Gymnasiallehrer zukünftig an PHs stattfinden solle. Auch zum Thema Besoldung seien keine Ankündigungen getroffen worden. Vielmehr habe sie ganz allgemein dafür plädiert, den Lehrerberuf aufzuwerten, und habe gewisse Anregungen für Verbesserungen gegeben.

Zentral sei für sie die Frage, auf welchen Wegen die individuelle Förderung der Schüler zukünftig optimiert werden könne. Damit im Zusammenhang stehe auch das Thema Inklusion. Dabei zeige sich, dass in diesen Bereichen gerade für den Unterricht an Gymnasien noch großer Nachholbedarf bestehe. Auch an Gymnasien sei die Schülerschaft inzwischen sehr heterogen; der Bedarf an schülerbezogenen, individuellen Unterrichtsformen und Fördermaßnahmen steige. Denn heute könne ein Schüler, der in einzelnen Bereichen Schwierigkeiten an den Tag lege, nicht mehr wie früher einfach an die nächstniedrigere Schule abgeschoben werden – eine Situation, die dazu geführt habe, dass nur etwa die Hälfte der Schüler, die in der 5. Klasse in ein Gymnasium eingetreten seien, es tatsächlich bis zum Abitur geschafft hätten.

Ein Abgeordneter der CDU wandte durch Zuruf ein, diese Zeiten seien schon längst vorbei.

Die Ministerin fuhr fort, aus den neuen Entwicklungen ergäben sich für die Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien jedoch andere Anforderungen an das Unterrichten und den Umgang mit unterschiedlichen Schülern und Schülergruppen. Mit einer entsprechend ausgestalteten Lehrerbildung solle auf diese Anforderungen reagiert werden.

In der Tat sollten die Kompetenzen, die es an den Pädagogischen Hochschulen und an den Universitäten jeweils gebe, stärker miteinander verzahnt werden. Gleiches gelte für die Fortbildung und die entsprechenden Lehrerseminare. Sie sehe es als vorrangige Aufgabe, die Zusammenarbeit, die hier bislang bereits geleistet werde, intensiver und systematischer zu gestalten. Andernfalls bliebe es bei eher zufälligen und punktuellen Kooperationen.

Die vorherige Landesregierung habe, wie bereits angesprochen, im vergangenen Januar einen Wettbewerb mit dem Ziel ausgeschrieben, Kooperationsmodelle in der Lehrerbildung voranzubringen. Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens der Anträge, die bis Ende März eingereicht worden seien, sei dann im April die Vergabe erfolgt.

Konkret handle es sich bei den Siegern des Wettbewerbs um folgende sechs Projekte:

Erstens: Kooperation zwischen der Universität Konstanz und der PH Freiburg, Projekt „Bachelor Master Gymnasiales Lehramt, Schwerpunkt Physik“. Von dieser Kooperation erwarte sie vielversprechende Ansätze; problematisch sei dabei

allerdings die große räumliche Entfernung zwischen beiden Hochschulen. Hier könne durchaus ein geeignetes und auch auf andere Einrichtungen übertragbares Modellprojekt konzipiert werden; für die alltägliche Arbeit sehe sie in einer solchen Formation aufgrund der organisatorischen Hürden aber kaum Perspektiven.

Zweites Projekt: „Masterstudiengang Singen-Bewegen-Sprechen-Musizieren“, das von den Kooperationspartnern Staatliche Hochschule für Musik Trossingen und PH Weingarten durchgeführt werde. Auch hier werde anhand eines abgesteckten Bereichs exemplarisch erprobt, wie Kooperationen gelingen könnten.

Drittes Projekt: „AQUA KOLA“, Kooperation zwischen der Universität Stuttgart und der Pädagogischen Hochschule sowie der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd.

Viertens: Projekt „Technikinitiative für das Fach Naturwissenschaft und Technik“, bei dem die Hochschule Furtwangen mit dem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Rottweil und dem Fürstenberg-Gymnasium Donaueschingen kooperiere.

Fünftens: Projekt „Technik in Grundlage und Praxis“, bei dem es darum gehe, für das neu zugeschnittene Fach „Naturwissenschaft und Technik“ die entsprechende Expertise zu entwickeln; hierbei kooperierten die Universität Tübingen, die Hochschule Esslingen und die Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg.

Beim sechsten Projekt handle es sich um die Initiative „Produktive Musikdidaktik für allgemeinbildende Schulen“ mit den Partnern Hochschule für Musik in Freiburg und PH Freiburg.

Sie erläuterte, diese Modelle seien getragen von der Absicht, in einzelnen Fächern exemplarisch zu eruieren, welche Möglichkeiten es gebe, gemeinsame Module zu entwickeln. Eine systematische und grundsätzliche Kooperation sei dabei nicht unbedingt beabsichtigt und wäre aufgrund von organisatorischen oder räumlichen Gegebenheiten auch nur schwer durchführbar. Wenn es darum gehe, das jeweilige Know-how in der täglichen Praxis zu verknüpfen, müssten andere Formen der Kooperation gefunden werden.

Ihr Haus werde daher das Gespräch mit den Universitäten und Hochschulen intensivieren, um neue Wege zu bahnen. Dabei gelte, wie auch im Schulbereich, grundsätzlich, dass nichts oktroyiert werde, sondern dass Prozesse ermöglicht werden sollten, die gemeinsam intendiert und vorangebracht würden.

Dabei solle auch externe Expertise herangezogen werden; hier verweise sie insbesondere auf die Studie „Herkunft und Bildungserfolg“ von Jürgen Baumert, die wichtige Hinweise für eine verbesserte individuelle Förderung, für einen differenzierten Unterricht sowie für die neuen Anforderungen, die sich daraus für die Lehrerbildung ergäben, enthalte.

Sie lade alle Interessierten und Sachkundigen ein, sich an der nun beginnenden Debatte intensiv zu beteiligen und bei der Weiterentwicklung der Lehrerbildung durch die Schaffung neuer Synergien und eine stärkere Vernetzung von Kompetenzen mitzuwirken.

Eine Abgeordnete der Fraktion der CDU hielt es für ein gutes Zeichen, dass positive Ansätze der vorherigen Landesregierung im Bereich Kooperation in der Lehrerbildung auch nach dem Regierungswechsel fortgeführt würden. Aus den Ausführungen der Ministerin sei allerdings deutlich geworden, dass aufgrund der räumlichen Entfernung und anderer organisatorischer Hindernisse eine kontinuierliche Zusammenarbeit in der täglichen Praxis von großen Schwierigkeiten begleitet wäre.

Angesichts der angekündigten Veränderungen im Kultusbereich mit der Zielrichtung Gemeinschaftsschule ergebe sich zwangsläufig die Frage, ob die Entwicklung nun hin zu einem „Einheitslehrer“ führen solle. In der Bevölkerung und speziell unter Pädagogen seien schon jetzt Ängste spürbar; auch Fragen der zukünftigen

Besoldungsstruktur würden dabei thematisiert. Sie bitte daher um möglichst präzise Informationen über die Ziele und Absichten der Landesregierung.

Ein Abgeordneter der CDU fragte, welche Unterschiede nach Auffassung der Wissenschaftsministerin in der praxisbezogenen Ausbildung von Gymnasiallehrern und von Grund- und Hauptschul- bzw. Realschullehrern bestünden. Weiter wollte er wissen, welche Lehrer zukünftig in der auf einer Gemeinschaftsschule aufbauenden gymnasialen Oberstufe unterrichten sollten und wie dabei sichergestellt werde, dass die Schülerinnen und Schüler dort auch in fachwissenschaftlicher Hinsicht ausreichende Wahlmöglichkeiten hätten.

Der Abgeordnete der FDP/DVP-Fraktion bat um Auskunft, ob die Landesregierung zukünftig Kooperationen, die von den Partnerhochschulen auf den Weg gebracht würden, lediglich unterstützen wolle, oder ob sie beabsichtige, selbst solche Kooperationen anzuordnen. Des Weiteren interessiere ihn, ob die Ministerin tatsächlich die Ansicht vertrete, dass die fachdidaktische Ausbildung der zukünftigen Gymnasiallehrer grundsätzlich umgestaltet und optimiert werden müsse.

Der Erstunterzeichner des Antrags machte deutlich, zielgerichtete und beispielgebende Kooperationen würden auch vonseiten der Opposition begrüßt und unterstützt. Die entscheidende Frage sei jedoch, ob sich die Lehrerbildung zukünftig an der Vision einer Gemeinschaftsschule ausrichten solle oder ob nicht vielmehr die verstärkte individuelle Förderung und der auf heterogene Lerngruppen zugeschnittene Unterricht im Vordergrund stehen sollten.

Er fügte hinzu, er bezweifle, dass ein Lehrer, der mit dem Ziel des Einsatzes an einer Gemeinschaftsschule ausgebildet werde und dessen Zuständigkeit sich pauschal auf alle Lerngruppen erstrecken solle, hinterher den Ansprüchen und Erwartungen bezüglich individueller Förderung und zielgruppenorientiertem Unterricht überhaupt gerecht werden könne. Er bitte daher darum, zu diesen zentralen Fragen ebenfalls auf die Ergebnisse der Bildungsforschung zurückzugreifen und externe Expertise in Anspruch zu nehmen.

Die Ministerin schickte voraus, die weitere Ausgestaltung der Schullandschaft in Richtung Gemeinschaftsschule stehe selbstverständlich unter Federführung des Kultusministeriums.

Weiter machte sie deutlich, in der Landesregierung werde nicht etwa an einem neuen Schulmodell gearbeitet, das an einem bestimmten Stichtag allen Schulen im Land aufgezwungen würde und das dann von allen Beteiligten pädagogisch und organisatorisch realisiert werden müsste. Vielmehr solle die Landespolitik geeignete Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass dort, wo vor Ort entsprechende Möglichkeiten bestünden und Initiativen vorhanden seien, neue Schulmodelle erprobt werden könnten – die dann durchaus in Richtung Gemeinschaftsschule gehen könnten. Solche Ansätze gelte es in Politik und Wissenschaft unterstützend zu begleiten. Die dabei gesammelten Erfahrungen bedürften selbstverständlich einer kontinuierlichen und kritischen Aufbereitung.

In der gelebten Praxis könnten auf diese Weise zahlreiche unterschiedliche Schulmodelle nebeneinander bestehen und in Wettbewerb zueinander treten. Entsprechend werde auch nicht ein bestimmtes Lehrmodell protegiert. Vielmehr müsse die Lehrerbildung insgesamt so aufgestellt sein, dass die Lehrkräfte in die Lage versetzt würden, an unterschiedlichen Schularten zielgruppengerecht zu unterrichten.

Zu der Befürchtung, dabei werde das Bild des „Einheitslehrers“ in den Vordergrund rücken, bestehe kein Anlass. Ganz klar gehe die Tendenz hingegen – aus pädagogischen Gründen, nicht zuletzt aber auch aus demografischen Erwägungen – in Richtung eines Stufenlehreramts.

Gemeinschaftsschulen bedürften fraglos einer bestimmten Größe, um pädagogisch gute Angebote entwickeln zu können und ausreichende Wahlmöglichkeiten zu bieten.

Die Gymnasiallehrerausbildung halte sie in Bezug auf fachdidaktische Gesichtspunkte tatsächlich für verbesserungswürdig. Auch wenn es überall immer wieder hervorragende Lehrerpersönlichkeiten gebe, müssten grundsätzlich doch neue Wege gefunden werden.

Der Abgeordnete der CDU wies darauf hin, dass schon heute die Gymnasiallehrerausbildung ganz wesentlich von Praxisanteilen geprägt sei, und fuhr fort, das Bild, das häufig in der Öffentlichkeit noch kursiere, Gymnasiallehrer seien zwar unter Umständen hervorragende Fachwissenschaftler, jedoch keine Didaktiker, müsse durch verstärkte Information zurechtgerückt werden. Tatsächlich durchliefen Gymnasiallehrer während ihrer Ausbildung sehr viel mehr und umfangreichere Praxisphasen als Grund- und Hauptschullehrer.

Die Ministerin erwiderte, eine rein quantitative Betrachtung werde der Problematik nicht gerecht. Entscheidend sei vielmehr die Frage, wie diese Praxisanteile vorbereitet, organisiert, begleitet und reflektiert würden.

Ein weiterer Abgeordneter der CDU fragte, ob langfristig beabsichtigt sei, die Ausbildung so zu konzipieren, dass Gymnasiallehrer ohne Weiteres auch an anderen Schulformen unterrichten könnten.

Weiter bat er um Auskunft, wie die Eckpunkte der zukünftigen Lehrerbildung aussähen und bis wann mit einer präzisen Formulierung dieser Eckpunkte gerechnet werden könne. Er fügte hinzu, manche Äußerungen, die die Ministerin heute getätigt habe, seien nach seinem Dafürhalten durchaus geeignet, weiteren Spekulationen Nahrung geben. Es müsse jedoch im Interesse aller Beteiligten sein, dass die Verunsicherung, die ohnehin schon herrsche, nicht noch weiter zunehme.

Die Abgeordnete der SPD verwies nochmals auf die Herausforderungen, vor denen auch Gymnasiallehrer inzwischen stünden, wenn sie Schüler mit einem heterogenen Begabungsprofil, mit Konzentrationsschwächen und Lernschwierigkeiten zu unterrichten und zu betreuen hätten und hierfür geeignete pädagogisch-didaktische Methoden bereithalten müssten. Die nun anstehende Reform der Lehrerbildung solle eben diesen Herausforderungen Rechnung tragen. Wer mit einer neunten Gymnasialklasse guten Unterricht betreiben könne, der könne dies in pädagogischer Hinsicht sicher auch entsprechend für andere Altersstufen und Schulformen. Daher müsse, was 2009 mit der Reform der Prüfungsordnung begonnen worden sei, nun fortgesetzt werden.

Die Ministerin meinte, es sei wichtig, dass nicht überstürzt gehandelt werde. Eine Politik des Dialogs, wie sie die neue Landesregierung angekündigt habe und betreiben wolle, bedürfe auch entsprechender zeitlicher Rahmenbedingungen, damit die richtigen Weichenstellungen besonnen und reflektiert vorgenommen werden könnten. Während es in manchen Bereichen sicherlich sehr rasch zu entsprechenden Gesetzentwürfen kommen werde, etwa beim Universitätsmedizingesetz oder in puncto Abschaffung der Studiengebühren – Themen, zu denen bereits auch intensive öffentliche und parlamentarische Diskussionen stattgefunden hätten –, wolle die Landesregierung in anderen Bereichen nicht von vornherein mit fertigen Lösungen aufwarten, sondern den Entwicklungsprozessen Zeit und Raum lassen. Wichtig sei ebenso, dass die Debatten öffentlich und nicht in Hinterzimmern geführt würden, um Prozesse transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Auch wenn ein solches Vorgehen mühsamer sei und möglicherweise auch hier und da zu Spekulationen einlade, halte sie es in einer modernen Demokratie doch für den besseren Weg.

Der Vertreter der FDP/DVP widersprach dieser Einschätzung und warnte nochmals davor, in Seminaren und Schulen für weitere Unruhe, Irritationen und Spekulationen zu sorgen. Das Signal, das vonseiten des Wissenschaftsministeriums nun an die Lehrerschaft, insbesondere an die Gymnasiallehrer, gesendet werde, führe, wie er im Kreis von Lehrerkolleginnen und -kollegen in letzter Zeit verstärkt erlebe, zu einer erheblichen Verunsicherung. Befürchtet werde, dass in Zukunft fachliche und didaktische bzw. fachdidaktische Studieninhalte voneinander getrennt vermittelt werden sollten und die Didaktik dabei komplett aus den Universitäten heraus in die PHs abgedrängt werde.

Für problematisch halte er auch, dass mit der neuen Politik die Botschaft nach außen transportiert werde, Gymnasiallehrer seien zwar fachlich kompetent, hätten jedoch didaktisch keine Ahnung. Es liege im Interesse aller, diesem Eindruck entschieden entgegenzutreten. Tatsächlich seien die Lehrer an den Gymnasien inzwischen sehr gut darauf vorbereitet, auf die neuen Anforderungen infolge der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft die richtigen didaktischen Antworten zu geben. Dass die neue Landesregierung das bislang praktizierte Modell der Lehrerbildung nun offenbar grundsätzlich infrage stelle, sei für die Betroffenen verheerend.

Der zuletzt zu Wort gekommene Abgeordnete der CDU forderte die Wissenschaftsministerin ebenfalls auf, etwaig bestehende Pläne zur Reform der Lehramtsstudiengänge möglichst bald und detailliert bekannt zu machen. Sollte dies nicht geschehen, sähe er die Gefahr, dass die entstehenden Konflikte auf dem Rücken der Lehrerschaft und der Studierenden ausgetragen würden. Aufseiten der Opposition bestehe die klare Erwartung, dass die Regierung bei dem äußerst sensiblen Thema sehr zügig ihre konkreten Absichten offenlege. Immerhin habe die Wissenschaftsministerin mit dem Interview am 20. Mai selbst den Prozess der Diskussion und des Spekulierens in Gang gesetzt.

Eine weitere Abgeordnete der SPD berichtete, während ihrer schulpolitischen Tätigkeit in Freiburg habe sie des Öfteren erlebt, dass Lehrerinnen und Lehrer aus dem Gymnasialbereich häufig die klare Rückmeldung gegeben hätten, dass dringend über eine Reform der Gymnasiallehrausbildung nachgedacht werden müsse und neue Wege erschlossen werden müssten. Die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler habe sich gewaltig verändert, aber auch die Erwartungen an ihr Leistungsvermögen seien insbesondere in den letzten drei bis fünf Jahren gewachsen. Auf manche Herausforderungen seien die Lehrerinnen und Lehrer jedoch nur sehr unzureichend vorbereitet, etwa in den Bereichen Medienkompetenz und Medienpädagogik. Die Schüler hätten hier ganz klare Erwartungen an ihre Lehrer und konstatierten immer wieder mit einer gewissen Enttäuschung, dass sie auf diesen Feldern noch zu oft alleingelassen würden.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

20. 07. 2011

Helen Heberer